

DigitalPakt Schule

Woran hakt es?

[23.05.2022] Zukunftsfähige digitale Bildungsinfrastrukturen sollen mithilfe des im Jahr 2019 aufgesetzten DigitalPakts Schule entstehen. Bislang kamen aber nur zehn Prozent der vorgesehenen fünf Milliarden Euro tatsächlich bei den Schulen an. Woran das liegt, hat eine Studie für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) untersucht.

Mit dem DigitalPakt Schule hat der Bund im Jahr 2019 ein milliardenschweres Förderprogramm aufgelegt ([wir berichteten](#)). Bis März 2022 kamen allerdings lediglich zehn Prozent der vorgesehenen fünf Milliarden Euro auch tatsächlich bei den Schulen an. Woran das liegt, hat jetzt eine Studie für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) untersucht. Demnach sind Bürokratie und unklare Zuständigkeiten nicht die alleinige Ursache. Die Autoren vermissen beispielsweise auch ein funktionierendes, transparentes Monitoring zur digitalen Ausstattung der Schulen. Denn die Unterschiede seien hier von Schule zu Schule und zum Teil sogar innerhalb einer Schule sehr groß. Ein Monitoring des Ist-Zustands würde es ermöglichen, gezielt solche Schulen und Schulträger stärker zu fördern, die zu den digitalen Nachzüglern zählen.

Maßgeblich komme es bei der Implementierung des DigitalPakts außerdem auf das Zusammenwirken der Einzelschulen und Schulträger an. „Dies beginnt bei der Erhebung der Ausstattungsbedarfe, in die oft bereits auch externe Dienstleister eingebunden sind, und setzt sich im gesamten Prozess der Antragstellung bis zur Ausführung der jeweiligen Investitionsmaßnahmen fort“, schreiben die Autoren.

Unterschiedliche Handlungslogiken

Zum Teil problematisch und konfliktbehaftet sei, dass die Schulen sowohl für die Erhebung der Ausstattungsbedarfe als auch die Erstellung der für die Antragstellung zwingend erforderlichen Medienkonzepte verantwortlich sind. Die eigentliche Entscheidung über die Maßnahmen liegt allerdings beim Schulträger. Die Schulen vermissen hier laut der Studie oft eine ausreichende Kommunikation und ein transparentes Vorgehen seitens der Schulträger. Bewertungs- und Entscheidungsprozesse aufseiten der Schulträger werden von den schulischen Akteuren teilweise als nicht nachvollziehbar und intransparent bezeichnet, was zu Unzufriedenheit und teilweise auch dem Gefühl einer möglichen Benachteiligung führe. Oft kommen hier laut den Herausgebern der Studie unterschiedliche Handlungslogiken zum Tragen. So seien aufseiten der Schulträger finanzielle Erwägungen, die mit den Investitionsmaßnahmen verbunden sind – etwa für Wartung, Support und Administration – ein wesentlicher Aspekt. Fehle es dort an einer übergreifenden (Digitalisierungs)Strategie, werden die von den Schulen gewünschten Maßnahmen nur zögerlich befürwortet und durchgeführt. Die Schulträger setzen beispielsweise bei Hard- und Software eher auf Standardisierung und Einheitlichkeit. Die Schulen hingegen wünschen sich eher schulspezifische Lösungen. Auch hier sind laut der GEW-Studie eine klare Kommunikation und der regelmäßige Austausch zwischen den Akteuren wichtig.

Know-how als wesentlicher Aspekt

Wie weit eine Schule bei der Digitalisierung bislang gekommen ist, hängt außerdem wesentlich von der digitalen Affinität der Schulleitungen und Lehrkräfte ab. „Eine wichtige Rolle spielt, ob an der jeweiligen Schule Lehr- oder andere Fachkräfte mit einer entsprechenden Kompetenz im Bereich Digitalisierung oder

Medienbildung, insbesondere Informatiklehrkräfte, tätig sind“, heißt es in der Studie. „Dies bestimmt die digitale Entwicklung der Schulen entscheidend (mit) und spiegelt sich in der Regel auch im Ausstattungsstand wider.“ Schulen, die dank ihres engagierten Personals bereits in der Vergangenheit auf Digitalisierung gesetzt haben, kommen weiterhin gut voran. Schulen mit bislang rudimentärer digitaler Ausstattung müssen dagegen erst noch ihren Rückstand aufholen. „Die Digitalisierung von Schulen sollte natürlich nicht vom privaten Engagement einzelner Schulleiter oder Lehrkräfte abhängen“, kommentiert Tobias Gerlinger, CEO von ownCloud diesen Teil der Untersuchung. „Die Schulen benötigen mehr IT-Experten, die aber aufgrund des Fachkräftemangels nur schwer zu finden und sehr teuer sind.“ Eine Möglichkeit, diesem Dilemma zu entkommen, wäre laut Gerlinger eine unkompliziertere Beauftragung externer Dienstleister. „Dazu zählen beispielsweise Managed-Services-Anbieter, die Anwendungen wie etwa Kollaborationsplattformen für die Schulen als Service betreiben und administrieren. Durch eine zentrale Vor-Qualifizierung geeigneter Dienstleister könnten die Behörden ihre Beauftragung erheblich entbürokratisieren und beschleunigen.“

(ve)

Zur Studie „Die Umsetzung des DigitalPakts Schule“

Stichwörter: Schul-IT, DigitalPakt Schule, ownCloud, Studie, GEW